

Nachbericht zur Veranstaltung „Die Bürgerversicherung – Ein Zukunftsmodell für die Krankenversicherung?“ am 14.06.2017 in Leverkusen



Zu einer Diskussionsrunde zum Thema „Die Bürgerversicherung – Ein Zukunftsmodell für die Krankenversicherung?“ lud das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. Juni ins Forum Leverkusen. Unter der Moderation von Severin Schmidt tauschten sich dort MdB Prof. Dr. Karl Lauterbach, Grit Genster von ver.di und der Ökonom Hartmut Reiners über die Thematik aus.

Nach einem Grußwort von Jeanette Rußbült als Vertreterin des Landesbüros NRW der FES schloss sich zunächst ein Vortrag von Prof. Lauterbach an. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen räumte dieser ein, dass die Einführung einer Bürgerversicherung allein durch die aktuelle Kostenentwicklung im medizinischen Bereich nicht begründet werden könne. Mit Blick in die Zukunft werde sich dieser Zustand aber ändern, wenn



die sogenannte „Babyboomer“-Generation in etwa 10 Jahren das Hauptgefährdungsalter für chronische Erkrankungen erreiche. Gesteigert werde dieser Effekt noch durch eine sogenannte „Sandwichbelastung“, die Lauterbach ab 2025 entstehen sehe. Also jenen Fall, dass das Kassensystem durch gleich zwei Generationen mit einer hohen Zahl an chronisch Kranken belastet sei – den „Babyboomern“ und ihrer, zu großer Zahl dann vermutlich noch lebenden Eltern.



Verstärkt werde diese zukünftige Kostenexplosion noch durch einen weiteren Aspekt. Die Medikamente würden immer spezifischer, dadurch aufwendiger in der Herstellung und in der Folge die Behandlung deutlich teurer. Lauterbach rechnet gerade in der Krebstherapie daher mit enormen Mehrkosten von bis zu 100 000 € pro Patient_in, die höheren Ausgaben steigern sich somit schnell in Milliardenhöhe. Die Folgen wären eine eklatante Zwei-Klassen-Medizin, die die Ungerechtigkeiten der Gegenwart noch bei weitem überträfe:

„Nur noch Privatpatienten werden in den Genuss von Spezialisten kommen, die diese komplexen Therapien richtig anwenden können. Kassenpatienten, vor allem jene die auf dem Land leben, werden keineswegs optimal versorgt sein.“ Als negatives Beispiel nannte Lauterbach die USA, in der die Überlebensquoten bei vergleichbarem Krankheitszustand schon heute stark vom Ort der Behandlung abhängen.

Dabei sollte jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, der Themenzugang sei rein ökonomisch begründet: „Ich bin fest überzeugt, die beste Art, das Thema Bürgerversicherung zu diskutieren, ist die Gerechtigkeitsdiskussion“, schiebt der SPD-Gesundheitsexperte dementsprechend auch gleich hinterher. „Einkommen, Versicherung und Bildungsgrad dürfen bei der Art der Behandlung keine Rolle spielen“, so Lauterbach. Mit der Bürgerversicherung würde sich das aktuelle Gerechtigkeitsdefizit im Kassensystem gleich auf zwei Arten lösen. Zum einen würden Ärzt_innen an allen Patient_innen gleich viel Geld verdienen, könnten sich somit nicht mehr die lukrativeren Privatversicherten herauspicken. Zum anderen würde die Bürgerversicherung anders als das bisherige System von allen Bevölkerungsgruppen getragen und ihre Vorzüge kämen allen Bürger_innen zu Gute. Seinen Vortrag schloss Prof. Lauterbach dann mit einer Analogie zum Thema Bildung: „In beiden Bereichen, Bildung und Gesundheit, muss der Bedarf die Messlatte sein und nichts Anderes.“



In der anschließenden Podiumsdiskussion signalisierte Grit Genster, Bereichsleiterin Gesundheitspolitik bei ver.di, ihre grundsätzliche Zustimmung zum Konzept der Bürgerversicherung: „Die Bürgerversicherung ist eine Voraussetzung, nicht die Lösung für alle Probleme.“ Dieser Aussage folgend verband sie mit ihrer zustimmenden Haltung weitere Forderungen an die Politik. So sollten in Zukunft alle Einkunftsarten verbeitragt, ein besserer Wechsel für Beamt_innen in die Gesetzlichen Krankenkassen schnell verwirklicht und die paritätische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversi-

cherung wiederhergestellt werden. Für die letzte Aussage erhielt Genster sogar den spontanen Szenenapplaus des gut gefüllten Saals.

Der Ökonom und Publizist Hartmut Reiners, der zwei Jahrzehnte lang in den Gesundheitsministerien von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg tätig war, setzte sich ebenfalls energisch für die seiner Meinung nach längst überfällige Einführung der Bürgerversicherung ein: „Wir sind das einzige Land in ganz Europa mit einem dualen System aus Privater und Gesetzlicher Krankenversicherung.“



Die Gerechtigkeitsfrage ist dabei, wie für Lauterbach auch, für Reiners die Hauptantriebsfeder: „Es ist erst die ungerechte Finanzierung durch untere und mittlere Einkommensklassen, die zu den steigenden Kosten führt und die Beitragszahler so enorm belastet.“ Dissens herrschte zwischen Reiners und Lauterbach allerdings hinsichtlich der finanziellen Belastungen im Gesundheitsbereich der Zukunft. Während Prof. Lauterbach auch in der Diskussion noch einmal die zu erwartenden „disruptiven Veränderungen in der Medizin“ und die damit verbundene immense Kostenentwicklung in den Mittelpunkt stellte, äußerte sich Reiners kritisch zu dieser Prognose und sah das größere finanzielle Problem in steigenden Pflegekosten.

Zwischen den drei Diskutierenden herrschte also grundsätzliche Einigkeit über die überwiegenden Vorteile der Bürgerversicherung. Abgesehen von den bereits angesprochenen Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen widmete sich somit der letzte Teil der Veranstaltung vor allem der Frage, wie sich die Bürgerversicherung realisieren lasse. Grit Genster warb in diesem Zusammenhang um eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen: „Alle DGB-Gewerkschaften müssen die Vorteile der Bürgerversicherung besser herausstellen. Es geht vor allem darum, die Gesundheitsversorgung besser aufzustellen. Die 5 Millionen Beschäftigten im Gesundheitsbereich werden oft stiefmütterlich behandelt.“



Prof. Lauterbach unterstrich zudem die Bedeutung eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses. Auch Privatversicherte und Beamt_innen mit niedrigeren Einkommen leiden unter der Belastung des aktuellen Systems. Auch ihnen müssten die Vorzüge der Bürgerversicherung nähergebracht werden. Auf keinen Fall dürfe der Eindruck erweckt werden, es würde Politik gegen diese Gruppen

betrieben.

So setzt Lauterbach bei der Einführung der Bürgerversicherung auch auf Freiwilligkeit: „Niemand soll zu etwas gezwungen werden. Fokusgruppenbefragungen zeigen jedoch, dass auch so bis zu 70 Prozent der Privatversicherten freiwillig wechseln würden.“ Dass die Privaten Krankenkassen das Gesundheitssystem finanzieren würden, gehört für ihn dagegen in die Welt der Mythen: „Das Geld kommt nicht der Versorgung zu Gute, es wandert in die Taschen der Ärzte.“ Es sei auch nicht so, dass die Ärzt_innen an den gesetzlich Versicherten zu wenig, sondern sie an den Privatversicherten zu viel verdienten.

Zum Abschluss widmete sich die Runde dann noch der politischen Realisation der Bürgerversicherung. Hartmut Reiners und Prof. Lauterbach verdeutlichten hierbei ihre unterschiedlichen Herangehensweisen. Reiners ging dabei das aktuelle Konzept der SPD nicht weit genug: „Eine Reform ohne jemandem auf die Füße zu treten ist nicht möglich. Die Beitragsbemessungsgrenze muss in Verbindung mit einer Steuerreform angehoben werden. Die Beitragssätze sind ansonsten sozial nicht gerecht.“ Lauterbach signalisierte Verständnis für die Sichtweise Reiners als Ökonom, betonte zudem aber auch die Bedeutung einer pragmatischen Vorgehensweise: „Die Bürgerversicherung darf wenig verhetzbar gemacht werden. Nur dann wird sie kommen.“ Er schlug somit die Brücke zu dem Ziel, das alle Beteiligten des Abends vereinte. Die Abkehr von der Zwei-Klassen-Medizin und die Chance auf eine längst überfällige Reform hin zu mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssektor.

Textautor: Marc Latsch

Redakteur: Raycho Penchev, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Team Lauterbach

Positionspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO
Der Weg zur Bürgerversicherung

<https://www.fes.de/de/publikation-buergerversicherung/>